



SPEZIAL-NEWSLETTER ZUR CORONA-KRISE

Sehr geehrte Gewerbebetreibende,

aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Corona-Krise haben wir uns dazu entschieden, Ihnen einen Spezial-Newsletter mit Themen zur Corona-Krise zu erstellen, die Sie als Gewerbebetreibende in diesen Tagen beschäftigen dürften.

Wir sind uns sicher, dass auch diese Krise zu bewältigen ist. Bleiben Sie gesund.

Ihre Schmidt & Sellerbeck Rechtsanwälte

SOFORTHILFEN FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN UND SOLO-SELBSTÄNDIGE IN DER CORONA-KRISE

Die Maßnahmen von Bund und Ländern zur Verlangsamung der Ausbreitung der Corona-Pandemie haben die Wirtschaft schwer getroffen. Nicht wenige Unternehmen und Freiberufler sehen sich massiven Liquiditätsengpässen ausgesetzt und bangen um ihre Existenz. Bund und Länder haben daher Soforthilfen zunächst für Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständige bereitgestellt. Welche Hilfen Sie als Unternehmer oder Freiberufler zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen nun beantragen können und welche sonstigen Maßnahmen im Hilfspaket der Bundesregierung enthalten sind, möchten wir Ihnen in unserem Kurzartikel zusammenfassend darstellen.

1. Zuschüsse

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg hat ein

Soforthilfeprogramm aufgelegt: Gewerbliche Unternehmen, Sozialunternehmen und Angehörige der Freien Berufe, die sich unmittelbar infolge der Corona-Pandemie in einer existenzbedrohenden wirtschaftlichen Lage befinden und massive Liquiditätsengpässe erleiden, sollen mit einem einmaligen, nicht rückzahlbaren Zuschuss unterstützt werden.

Antragsberechtigt sind gewerbliche Unternehmen und Sozialunternehmen, Solo-Selbstständige und Angehörige der Freien Berufe (einschließlich Künstler/innen) mit bis zu 50 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente), die ihren Hauptsitz in Baden-Württemberg haben. Weitere Voraussetzung ist, dass noch keine vergleichbare Hilfe des Landes Baden-Württemberg oder eines anderen Bundeslandes beantragt oder bewilligt wurde oder in Zukunft beantragt werden soll.

Mit dem Antrag müssen Antragsteller/innen zudem versichern, dass die existenzbedrohliche Wirtschaftslage bzw. die Liquiditätsengpässe und Umsatzeinbrüche unmittelbar infolge der Corona-Pandemie in



der angegebenen Höhe entstanden sind. Anträge, die sich auf Liquiditätsengpässe oder Umsatzeinbrüche beziehen, die vor dem 11. März 2020 entstanden sind, sind daher nicht förderfähig.

Die Höhe der Soforthilfen ist nach Anzahl der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente zum Stichtag 25. März 2020) gestaffelt:

- für antragsberechtigte Solo-Selbstständige und Antragsberechtigte mit bis zu 5 Beschäftigten: max. 9.000 Euro für drei Monate
- für Antragsberechtigte mit bis zu 10 Beschäftigten: max. 15.000 Euro für drei Monate
- für Antragsberechtigte mit bis zu 50 Beschäftigten: max. 30.000 Euro für drei Monate

Der entsprechende Antrag ist ausschließlich über die Online-Plattform www.bw-soforthilfe.de einzureichen.

2. Staatliche geförderte Kredite und Ausfallbürgschaften

Als weitere staatliche Hilfen kommen Kredite und Ausfallbürgschaften in Betracht. Im Rahmen von Ausfallbürgschaften übernehmen Förderbanken die Haftung, soweit die eigene Hausbank mit ihrer Forderung ausfällt. Gegenüber den Zuschüssen von Bund und Ländern haben Kredite – unabhängig davon, ob Sie von Förderbanken selbst oder der Hausbank gewährt werden – den Nachteil, dass Sie nach der vertraglich vereinbarten Zeit zurückzuzahlen sind.

3. Beschränkung der Kündigung bei Mietausfällen

Mit dem *"Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht"* hat der Bund zudem beschlossen, dass Vermieter ein Miet- oder Pachtverhältnis über Grundstücke oder über Räume nicht allein aus dem Grund kündigen können, dass der Mieter im Zeitraum vom 1. April 2020 bis 30. Juni 2020 trotz Fälligkeit die Miete nicht leistet, sofern die

Nichtleistung auf den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beruht.

Diese Regelung findet auch auf gewerbliche Miet- und Pachtverhältnisse Anwendung.

Das Beruhen der Nichtleistung der Miete bzw. Pacht auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ist durch den Mieter glaubhaft zu machen. Zur Glaubhaftmachung kann sich der Mieter Nachweise, einer eidesstattlichen Versicherung oder sonst geeigneter Mittel bedienen.

Liegen die Voraussetzungen der Regelung nicht vor, weil der Mieter beispielsweise schon vor dem 1. April 2020 mit mehr als zwei Mieten ausgefallen ist, bleibt das Recht zur Kündigung des Miet-/Pachtverhältnisses hingegen bestehen.

Auch bleibt die Verpflichtung zur fristgerechten Zahlung der Mieten bestehen, was zur Folge hat, dass Mieter trotz der neuen gesetzlichen Regelung in Verzug geraten können. Mit Ablauf der Frist sind die Mietzahlungen dann spätestens nachzuholen.

4. Aussetzung der Insolvenzantragspflicht

Des Weiteren hat der Bund eine Aussetzung der Insolvenzantragspflicht infolge der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie beschlossen. Diese stellen wir Ihnen in unserem gleichnamigen Artikel vor (ab Seite 4).

5. Beantragung von Kurzarbeitergeld

Auch die Beantragung von Kurzarbeitergeld als Leistung aus der Arbeitslosenversicherung wurde zur Bewältigung der Corona-Krise erleichtert. Informationen zur Thematik Kurzarbeitergeld finden Sie in unserem nächsten Artikel.

Maren König
Rechtsanwältin
Ansprechpartnerin für Handels- und Gesellschaftsrecht



CORONA-KRISE UND KURZARBEIT - WAS GILT ES JETZT ZU BEACHTEN?

Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer sehen sich dieser Tage infolge der behördlichen Anordnungen und dem Einbruch der Umsätze mit der Frage konfrontiert, wie mit dem vorübergehenden Arbeitsausfall umgegangen werden soll. Um Entlassungen von Mitarbeitern zu vermeiden, können betroffene Arbeitgeber die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter reduzieren und bei der Bundesagentur für Arbeit das sogenannte „Kurzarbeitergeld“ beantragen. In unserem nachfolgenden Beitrag stellen wir Ihnen das Kurzarbeitergeld vor und zeigen auf, was es hierbei zu beachten gibt.

Was ist Kurzarbeitergeld?

Das Kurzarbeitergeld ist eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung, die dazu dienen soll, zumindest in Teilen Lohneinbußen infolge der Reduzierung der Arbeitszeit von Mitarbeitern zu kompensieren.

Was sind die Voraussetzungen für Kurzarbeitergeld?

1. Es liegt ein erheblicher, nicht vermeidbarer und vorübergehender Arbeitsausfall vor, welcher auf wirtschaftlichen Gründen oder einem unabwendbaren Ereignis (z.B. COVID-19) beruht.
2. Es sind mindestens ein Drittel der im Betrieb beschäftigten Mitarbeiter mit einem Entgeltausfall von mehr als 10 Prozent betroffen.
3. Ferner müssen die Mitarbeiter in die Kurzarbeit einwilligen.

Häufig wurde eine solche Einwilligung bereits im Vorfeld im Tarif- oder Arbeitsvertrag vereinbart. Andernfalls muss eine solche Einwilligung von den Mitarbeitern eingeholt werden – zur besseren Nachweisbarkeit am besten schriftlich.

Achtung: Wurde eine Einwilligung im Vorfeld im Tarif- oder Arbeitsvertrag vereinbart, muss die Kurzarbeit zumindest angekündigt werden.

Hierfür gibt es in den entsprechenden Tarif- oder Arbeitsverträgen in der Regel feste Fristen, die eingehalten werden müssen.

Wie kommt der Arbeitnehmer an Kurzarbeitergeld?

Das Kurzarbeitergeld muss vom Arbeitgeber bei der Agentur für Arbeit beantragt werden. Liegen die Voraussetzungen zum Bezug von Kurzarbeitergeld vor, wird dieses von der Agentur für Arbeit bewilligt.

Hierfür ist zunächst der Arbeitsausfall bei der Agentur für Arbeit anzuzeigen. Bitte benutzen Sie dazu das von der Agentur für Arbeit zur Verfügung gestellte Formular. Diesem Formular sind folgende Dokumente beizufügen:

- Die Stellungnahme des Betriebsrats (sofern es einen gibt)
- Dokumente, die die Vereinbarung mit den Arbeitnehmern belegen (Kopie der Einwilligungserklärung, Arbeitsverträge, Betriebsvereinbarung etc.)
- Einen Beleg der Ankündigung der Kurzarbeit
- Einen Arbeitsplan, der die genaue Verteilung der gekürzten Arbeitszeit festlegt

Anschließend ist jeden Monat ein Leistungsantrag auf Kurzarbeitergeld zu stellen, welchem eine Abrechnungsliste mit den Entgeltzahlungen an die betroffenen Mitarbeiter beizufügen ist.

Wie hoch ist das Kurzarbeitergeld?

Das Kurzarbeitergeld soll die Nettoentgeltdifferenz ausgleichen. Die betroffenen Mitarbeiter sollen also die tatsächliche Netto-Lohneinbuße (welche nach Abzug der Steuern auf ihrem Konto ankommt) ausgeglichen bekommen.

Mitarbeiter ohne Kind erhalten 60 % der Nettoentgeltdifferenz erstattet, Mitarbeiter mit Kind 67 %.



Wer bekommt kein Kurzarbeitergeld?

Keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben Minijobber, Rentner, Bezieher von Krankengeld und Auszubildende.

Was muss ich tun, wenn die Agentur für Arbeit den Antrag abgelehnt hat?

Wurde der Antrag auf Kurzarbeitergeld abgelehnt und Ihr Betrieb hat einen negativen Bescheid erhalten, muss binnen eines Monats hiergegen Widerspruch eingelegt werden. Daraufhin erlässt die Agentur für Arbeit einen Widerspruchsbescheid. Fällt auch dieser negativ aus, bleibt nur noch der Klageweg.

Kann den Mitarbeitern auch ohne Kurzarbeitergeld weniger Lohn gezahlt werden?

Nein, dies ist nicht möglich. Ist nicht genug Arbeit vorhanden, um alle Mitarbeiter voll zu beschäftigen, haben diese grundsätzlich trotzdem einen Anspruch auf ihren vollen Lohn. Ob genug Arbeit vorliegt, gehört zum sogenannten „Betriebsrisiko“ des Arbeitgebers. Ist der Arbeitnehmer also bereit zu arbeiten, es gibt aber keine Arbeit für ihn, hat er trotzdem einen Anspruch auf Zahlung seines Lohns.

Der Arbeitgeber kann den Arbeitnehmer in einem solchen Fall nur in den Urlaub schicken bzw. Überstunden abbauen lassen. Aber auch in diesem Fall ist der Lohn weiterzubezahlen.

Handlungsempfehlung

Ist in Ihrem Betrieb wegen der Corona-Krise ein Großteil an Arbeit weggefallen, sollten Sie unbedingt einen Antrag auf Kurzarbeitergeld stellen. Nutzen Sie hierfür am besten das Formular der Agentur für Arbeit.

Gegenüber Ihren Mitarbeitern sollten Sie die gesamte Situation offen kommunizieren und den Mitarbeitern klar machen, dass das Kurzarbeitergeld für diese zwar auch finanzielle Einschnitte bedeutet, hierdurch aber betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden können.

Marius König
Rechtsanwalt
Ansprechpartner für Arbeitsrecht

AUSSETZUNG DER INSOLVENZANTRAGS-PFLICHT INFOLGE DER AUSBREITUNG DER COVID-19-PANDEMIE

Aufgrund der raschen Ausbreitung des Corona-Virus hat die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen zur Verlangsamung der Pandemie beschlossen. Diese treffen vor allem die Wirtschaft schwer. Zwar hat die Bundesregierung angekündigt, dass den Unternehmen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen; die beschlossenen Hilfen werden die Unternehmen jedoch nicht innerhalb der in der Insolvenzordnung verankerten Drei-Wochen-Frist erreichen. Bundestag und Bundesrat haben daher in Windeseile das COVID-19-Insolvenz-Aussetzungs-gesetz (COVInsAG) beschlossen. Das am 27. März 2020 in Kraft getretene Gesetz möchten wir Ihnen in unserem nachfolgenden Artikel näher vorstellen.

Geschäftsführer einer GmbH und Vorstände einer AG sind nach § 15a InsO grundsätzlich verpflichtet, einen Insolvenzantrag zu stellen, wenn das Unternehmen insolvent, sprich zahlungsunfähig oder überschuldet, ist. Mit dem Eröffnungsantrag darf nicht lange zugewartet werden, setzt § 15 a InsO doch voraus, dass der Antrag ohne schuldhaftes Zögern, spätestens jedoch drei Wochen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung gestellt wird. Kommt der Geschäftsführer oder Vorstand dieser Verpflichtung nicht (fristgemäß) nach, drohen ihm neben einer persönlichen Haftung auch strafrechtliche Konsequenzen. Auch der Vorstand eines Vereins hat im Falle der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung die Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu beantragen (§ 42 Abs. 2 BGB).

Mit dem durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorbereitete Gesetz wird die Insolvenzantragspflicht nach § 15a InsO und § 42 Abs. 2 BGB in der Regel mindestens bis zum 30. September 2020 ausgesetzt. Damit soll verhindert werden, dass Unternehmen nur deshalb Insolvenz anmelden müssen, weil die von der Bundesregierung beschlossenen Hilfen nicht rechtzeitig bei ihnen ankommen.

Die Aussetzung gilt jedoch nicht unbeschränkt. Das Gesetz macht Ausnahmen,



wann eine Aussetzung der Insolvenzantragspflicht nicht greift und stellt eine Vermutung auf, wann die Insolvenzreife auf den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beruht. So heißt es in § 1 COVInsAG:

"Dies gilt nicht, wenn die Insolvenzreife nicht auf den Folgen der Ausbreitung des SARS-CoV-2 (COVID-19-Pandemie) beruht oder wenn keine Aussichten darauf bestehen, eine bestehende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen. War der Schuldner am 31. Dezember 2019 nicht zahlungsunfähig, wird vermutet, dass die Insolvenzreife auf den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beruht und Aussichten darauf bestehen, eine bestehende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen."

Für die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht gelten mithin zwei wichtige Voraussetzungen:

1. Die Insolvenzreife beruht auf den Folgen der Ausbreitung der Corona-Pandemie.
2. Es bestehen Aussichten darauf, eine bestehende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen.

Auch Insolvenzanträge durch Gläubiger werden durch das Gesetz beschränkt. Für Gläubigeranträge, die innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes gestellt werden, ist Voraussetzung, dass der Insolvenzgrund bereits am 1. März 2020 vorlag. Auch von Gläubigerseite ist daher vorerst nicht mit Insolvenzanträgen zu rechnen.

Des Weiteren sieht das Gesetz eine Lockerung von Zahlungsverboten vor, sofern die Voraussetzungen für eine Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vorliegen. So sollen Geschäftsführer und Vorstände entgegen § 64 Satz 1 GmbHG und § 94 Abs. 2 Satz 1 AktG die Möglichkeiten haben, Zahlungen im ordnungsgemäßen Geschäftsgang, vorzunehmen. Eine persönliche Haftung droht dem Geschäftsführer bzw. Vorstand in diesem Fall nicht.

Letztlich schließt das Gesetz eine Gläubigeranfechtung für gewährte Kredite und die Bestellung von Sicherheiten ebenfalls

weitgehend aus, wenn die Voraussetzungen einer Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vorliegen. Solche Rechtshandlungen sollen dann grundsätzlich nicht gläubigerbenachteiligend sein.

Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht verschafft damit den Unternehmen, die infolge der COVID-19-Pandemie Liquiditätsengpässe erlitten haben oder noch erleiden werden, zunächst Luft bis zum 30. September 2020.

Christian Sellerbeck
Fachanwalt für Insolvenzrecht
Ansprechpartner für Insolvenzrecht

BESCHLUSSFASSUNG VON PERSONEN-MEHRHEITEN WÄHREND DER CORONA-KRISE

Die Maßnahmen zur Vermeidung der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie, insbesondere die Einschränkungen der Versammlungsmöglichkeiten von Personen, haben zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit von Unternehmen verschiedener Rechtsformen, wenn diese nicht mehr in der Lage sind, auf herkömmlichem Weg Beschlüsse auf Versammlungen zu fassen. Auch können die Maßnahmen zur Vermeidung der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie dazu führen, dass bei Unternehmen, Vereinen und Wohnungseigentümergeinschaften die Beststellungszeiträume für bestimmte Ämter oder Positionen ablaufen und mangels Beschlussfassung nicht neu besetzt werden können.

Um die betroffenen Unternehmen in die Lage zu versetzen, auch bei weiterhin fortbestehenden Maßnahmen zur Vermeidung der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie erforderliche Beschlüsse zu fassen und handlungsfähig zu bleiben, hat der Bundestag daher das am 27. März 2020 in Kraft getretene „Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“



beschlossen. Die vorgesehenen Erleichterungen für Personenmehrheiten möchten wir Ihnen nachfolgend vorstellen.

1. Aktiengesellschaften (AG), Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA), Europäische Gesellschaften (SE)

Wesentliche Aspekte der vorübergehenden Erleichterungen für die AG, KGaA und SE sind,

- die Möglichkeit des Vorstands der Gesellschaft, auch ohne Ermächtigung durch die Satzung oder eine Geschäftsführung über eine Teilnahme an einer Hauptversammlung im Wege elektronischer Kommunikation zu entscheiden;
- die Durchführung einer Versammlung ohne physische Präsenz der Aktionäre oder ihrer Bevollmächtigten als virtuelle Hauptversammlung mit eingeschränkten Anfechtungsmöglichkeiten;
- die Verkürzung der Einberufungsfrist auf 21 Tage;
- die Ermächtigung für den Vorstand, auch ohne Satzungsregelung Abschlagszahlungen auf den Bilanzgewinn vorzunehmen sowie
- die Verlängerung der Frist zur Abhaltung der Versammlung von acht Monaten auf den Zeitraum eines Geschäftsjahres.

2. Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Für die GmbH sieht das Gesetz die Möglichkeit vor, dass Beschlüsse der Gesellschafter in Textform oder durch schriftliche Abgabe der Stimmen auch ohne Einverständnis sämtlicher Gesellschafter gefasst werden können.

3. Genossenschaften, Vereine und Stiftungen

Vorübergehende Erleichterungen für Genossenschaften, Vereine und Stiftungen sind die Möglichkeit des Vorstands, auch ohne Ermächtigung in der Satzung,

- eine Mitglieder- bzw. Generalversammlung ohne physische Präsenz durchzuführen sowie die Beschlüsse außerhalb von Versammlungen zu fassen sowie
- der Fortbestand von bestimmten Organbestellungen, sollte die Amtszeit zwischenzeitlich ablaufen, ohne dass neue Organmitglieder bestellt werden können.

4. Wohnungseigentümergeinschaften

Für Wohnungseigentümergeinschaften sieht das Gesetz vor, dass der zuletzt bestellte Verwalter bis zu seiner Abberufung oder zur Bestellung eines neuen Verwalters im Amt bleibt und der zuletzt beschlossene Wirtschaftsplan bis zum Abschluss eines neuen fortwirkt.

5. Umwandlungsrecht

Das Gesetz sieht zudem vor, dass es bei Anmeldungen im Jahr 2020 für die Zulässigkeit der Eintragung ausreicht, wenn die Bilanz auf einen höchstens zwölf Monate vor der Anmeldung liegenden Stichtag aufgestellt wurde.

Maren König
Rechtsanwältin

Ansprechpartnerin für Handels- und Gesellschaftsrecht